schlossen worden sind. Das sind die bekannten Uebereinkünfte (auch Unionen oder Konventionen genannt), und zwar die von Paris und Bern. Interessenten kennen ihren ungeheuren Wert. Für Fernerstehende sei der Anschauung halber und nur beispielsweise an die Priorität der Erfindungen und Warenzeichen, an das Uebersetzungs- und Aufführungsrecht erinnert. Zum Unterschiede von den völkerrechtlichen Vereinbarungen, die gerade für den Kriegsfall gedacht sind, z. B. im Seeverkehr, handelt es sich hier um Verträge, die recht eigentlich dem friedlichen Verkehre der Völker dienen sollten. Sie entstanden unter dem Drucke der Wahrheit, daß der menschliche Geist die politischen Grenzen überfliegt. Man denke an die Erfindungen zur Ausnützung der elektrischen Kraft, an rein wissenschaftliche Leistungen oder an die Kunst, die eine allen Menschen verständliche Sprache spricht. Nachdem man einmal entdeckt hatte, daß es auch ein geistiges Eigentum gibt, war es nicht mehr möglich, den Schöpfer solcher Werke nur in dem zufälligen Ursprungslande zu schützen, in der sonstigen Welt aber vogelfrei zu lassen. Wenigstens haben dies diejenigen Völker erkannt, die sich zur sog. Kulturgemeinschaft bekennen.

Wie oft ist nicht auf Kongressen, in den Parlamenten und bei so mancher Bankett- oder Festrede ausgesprochen worden: auf diese Weise schlage man Brücken zwischen den Völkern, die gar nicht wieder abgebrochen werden könnten, knüpfe Bande, die unzerreißbar seien! Ja, man wagte die Behauptung, daß solche Verflechtung der Interessen der Kulturvölker am ehesten geeignet sei, Kriege zu verhindern und einen ewigen Frieden zu sichern. Kulturvölker? Fast sträubt sich jetzt die Feder, dies niederzuschreiben. Frankreich, dem auf dem Gebiete der Literarkonvention zweifellos viel zu verdanken ist, schilt uns, seine wertvollsten Vertragsgenossen, Barbaren, und England will uns gerade deswegen vernichten, weil wir es wirtschaftlich zu überflügeln drohten und vielfach, im besonderen im Punkte gewerblicher Erfindungen, tatsächlich bereits überflügelt hatten. Das alles klingt wie Hohn auf die Pariser und die Berner Uebereinkunft.

Und doch! Nach dem Frieden früher oder später müssen sie wieder aufleben. Es kann gar nicht ausbleiben, daß dann die Völker um so lebhafter empfinden werden, wie sie auf geistigem Gebiete nicht ohne einander auskommen können, und daß der Staat, der sich von der Kulturgemeinschaft ausschließen will, verkommen muß, wie ein Ast, der vom Stamme keine Nahrung mehr empfängt. Der internationale Austausch geistiger Güter ist für alle Völker bitter notwendig. Insbesondere wird England, das sich an wichtigen deutschen Erfindungen freventlich vergriff, seines Raubes nicht froh werden und zur deutschen Bezugsquelle zurückkehren müssen.

Das sind natürlich nur Andeutungen, die sich aber für jeden, der Interessent oder Sachkenner ist, sofort mit ganz bestimmten Vorstellungen beleben. Man erblicke darin nicht den Ausdruck einer verfrühten Friedenssehnsucht, sondern den der festen Ueberzeugung, daß wahre Friedenswerke, wie die Unionen, nicht gänzlich untergehen können und nach kraftvoll durchgeführtem Kampfe zu neuem Leben erblühen müssen.

Für heute heißt es sich freilich bescheiden. Die Pariser und die Berner Uebereinkunft sind zweifellos zunächst einmal erloschen. Diese Tatsache mag augenblicklich zurücktreten hinter der vielleicht noch traurigeren, daß es zurzeit einen Verkehr mit geistigen Gütern über die feindlichen Grenzen überhaupt nicht gibt. Aber auch vom Standpunkte des jetzt so vielfach gescholtenen Völkerrechtes kann gar nicht bestritten werden: Verträge, die dem friedlichen Verkehre der Staaten dienen, werden durch den Krieg zwischen ihnen gelöst. Einen deutlicheren „Rücktritt vom Vertrage" als die Kriegserklärung gibt es eben nicht. Angesichts der Berner Konvention ließe sich vielleicht noch sagen, daß ihre Grundgedanken wenigstens insofern erhalten bleiben, als sie Bestandteile unseres nationalen Urheberrechts geworden sind. Wogegen der auf der Pariser Uebereinkunft beruhende internationale gewerbliche Rechtsschutz vom Kriegsausbruche ab gänzlich seinen Boden verloren hat.

Hoffen wir darum auf eine glücklichere Zukunft. Sie ist nicht hoffnungslos, denn die Unionen sind selbstverständlich nur zwischen den Staaten erloschen, die sich jetzt bekriegen. Sie bleiben bestehen zwischen den Neutralen. Diese und die trefflichen „Bureaus" in Bern halten die Fahne der Kulturgemeinschaft inzwischen hoch und die Tore offen. Wir Deutschen können auch dessen gewiß sein: man wird uns rufen und um unsere Rückkehr bitten. Denn man braucht uns auf der geistigen Arbeitsstätte. Man kommt in Technik, Wissenschaft und Kunst nicht aus ohne unsere Wahrheitsliebe, Unbestechlichkeit und Sachlichkeit, ohne unsere Gemütstiefe, Schönheitsliebe und Treue. Darum möge uns auch der Blick auf die Trümmer jener Verträge nicht ablenken von unserem Entschlusse: wir fechten so lange, bis wir durch unseren Sieg den dauernden Frieden erkämpft haben. □

Der neue Gothaische Hofkalender und der Krieg.

Im Gothaischen Hofkalender hat der Krieg umfassende Veränderungen zur Folge gehabt. Der Deutsche Kaiser, die Kaiser von Oesterreich und von Rußland und der König von England haben auf ihre sämtlichen Chef-Inhaber- und Ehrenstellungen in den feindlichen Armeen und Marinen verzichtet. Auch der König der Belgier, in dessen Armee keine Chefstellungen verliehen wurden, hat auf die Chefstellen beim 2. Hannoverschen Dragoner-Regiment Nr. 16 in Lüneburg und beim k. k. Oesterreichischen 27. Infanterie-Regiment, die einzigen, die er besaß, verzichtet. Anders haben sich die Gemahlinnen der Herrscher verhalten. Die deutsche Kaiserin hat unter der Rubrik Holstein die Chefstelle des russischen Leib-Garde-Husaren-Regiments Grodno beibehalten, während die Angabe unter Preußen fehlt. Die Kaiserin von Rußland hat ihr preußisches 2. Garde-Dragoner-Regiment, das ihren Namen führt, behalten, ebenso die Königin von England das Husaren-Regiment Fürst Blücher in Stolp. Von den deutschen Bundesfürsten ist nur noch der Großherzog von Oldenburg als russischer Regimentschef aufgeführt und von den preußischen Prinzen nur Prinz Heinrich. Das einzige Mitglied des englischen Königshauses, das noch preußischer Regimentschef ist, ist die Herzogin von Connaught, Tochter des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, als Chef der 6ger. Ihr Gemahl dagegen hat Verzicht geleistet auf den preußischen Feldmarschallstab und die Chefstelle bei den Zieten-Husaren in Rathenow, die dadurch für den Herzog Ernst August von Braunschweig, der jetzt Oberst à la suite dieses Regiments ist, freigeworden ist. Alle russischen Großfürsten haben ihre Chefstellungen niedergelegt, allen voran Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der sich den stolzen Titel „Generalissimus der russischen Streitkräfte im Kriege 1914" beigelegt hat. Auch der deutschfreundliche Großfürst Cyrill ist jedenfalls auf höheren Befehl aus seiner Stellung à la suite der deutschen Marine ausgeschieden. Auch unter den österreichischen Erzherzögen gibt es keine russischen Regimentschefs mehr. Vom Herzog von Cumberland ist die Würde eines „Generals à la suite der Kgl. Großbritannischen Armee" abgelegt. Die Orden sämtlicher feindlicher Staaten werden dagegen von den Fürstlichkeiten weitergetragen. Wie wird wohl der „Gothaer" im Dezember 1915 aussehen?

Neue Bundesratsverfügungen.

Das Wolffsche Büro meldet amtlich:

Berlin, 5. März. Der Bundesrat hat folgende Verordnungen erlassen: Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge über den **Anbau von Zuckerrüben** im Jahre 1915 auf Flächen, die einen Hektar übersteigen, bleiben nur in Höhe von drei Vierteln der vereinbarten Anbaufläche in Kraft. Das gilt auch, soweit die Aktionäre oder Gesellschafter einer Gesellschaft m. b. H. auf Grund des Gesellschaftsvertrags zum Anbau von Rüben verpflichtet sind. Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge von Zuckerfabriken über die Lieferung ihrer Erzeugnisse aus dem Betriebsjahr 1915/16 bleiben nur in Höhe von drei Vierteln der vereinbarten Menge in Kraft.

Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge der Zuckerfabriken oder Rübenanbauer über die Lieferung oder den Bezug von Zuckerrübensamen zur Aussaat in 1915 bleiben nur in Höhe von ¾ der vereinbarten Menge in Kraft. Die vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossenen Verträge über den Anbau von Zuckerrübensamen in 1915 bleiben nur in Höhe der Hälfte der vereinbarten Menge oder der anzubauenden Fläche in Kraft. — Die Verordnung tritt am 4. März in Kraft.

Berlin, 5. März. Mit Wirkung vom 4. März hat der Bundesrat folgendes angeordnet: Wer Vorräte von Kartoffeln mit Beginn des 15. März im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, bis zum 17. März die vorhandenen Vorräte der zuständigen Behörde anzuzeigen, in deren Bezirke die Vorräte lagern. Die Anzeige über Vorräte, die sich an dem Erhebungstage auf dem Transport befinden, ist unverzüglich nach dem Empfange vom Empfänger zu erstatten. Vorräte unter 50 Kilogramm unterliegen der Anzeigepflicht nicht, sofern nicht die Landeszentralbehörde anordnet, daß die Anzeige sich auf solche Vorräte miterstrecken soll. Der Reichskanzler wird ermächtigt, eine zweite Erhebung der Kartoffelvorräte im April oder Mai bei Anwendung der gleichen Bestimmungen anzuordnen. Mit Wirkung vom 4. März können die zu Gefängnisstrafen Verurteilten ohne ihre Zustimmung außerhalb der Gefangenanstalt beschäftigt werden.

Griechenland am Scheidewege.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Dinge im nahen Orient einer Krisis zutreiben. Die englische Werbetätigkeit scheint leider nicht ohne Erfolg geblieben zu sein, und es sieht nachgerade so aus, als ob es ihr gelungen wäre, Griechenland in den Kreis der Mitstreiter hineinzuziehen. Es wird in Deutschland niemand geben, der, ganz allgemein und ohne jede Beziehung auf die aktuellen Fragen der Politik, eine solche Wendung nicht bedauert. Wir Deutschen haben das Land der Griechen immer mit der Seele gesucht. Zu den kulturellen Beziehungen sind im Laufe der Jahre dynastische hinzugekommen, und wir haben selbst dann noch dem jungen Hellas unsere Sympathien bewahrt, wo Gründe der Klugheit vielleicht eine andere Haltung gerechtfertigt hätten. Selbstverständlich können wir nicht verlangen, daß derlei Empfindungen in einer Zeit, wo die Welt aus den Fugen geraten ist, von den Griechen verfolgt werden. Sentimental ist man immer nur auf seine eigene Gefahr und Rechnung. Die Griechen von heute sind zudem nicht die Hellenen von ehedem, und man darf ihnen nicht verübeln, wenn sie ausschließlich von den Erfordernissen politischer Räson sich bedienen lassen. Gerade aus solchen Erwägungen heraus aber läßt es für Griechenland gefährlich erscheinen, sich mit Haut und Haar den englischen Werbern zu verschreiben.

Was im Grunde kann Griechenland gewinnen? Denkt es an Gebietszuwachs in Kleinasien auf Kosten der Türkei? Ein solcher Zuwachs würde, wenn schon es in Kleinasien von Griechen wimmelt, sich nur schwer halten lassen. Es wird überhaupt schwer, sich vorzustellen, daß man in Griechenland übersehen könnte, wie England hier ein Doppelspiel spielt. Wie es bei dem ganzen Handel zufrieden sein kann, wenn aus der Aktion, in die sich zu stürzen Griechenland, scheint's, bereit ist, ein schwaches Hellas herauskommt.

Für uns, die dies gewiß nicht kalt lassen kann, die aber immerhin sich ein genügend klares und objektives Urteil bewahrten, ist es geradezu mit Händen zu greifen, daß England hier Italien und Griechenland gegeneinander auszuspielen willens ist und daß, wie die Dinge auch ausgehen werden, die große hellenische Hoffnung damit ins Wasser fällt; denn daß nach einer erfolgreichen Operation Rußland nicht auf Konstantinopel verzichtete, ist doch wohl keinem Denkenden zweifelhaft.

Ob derlei nüchterne Erwägungen das rollende Rad noch aufzuhalten vermögen, wissen wir nicht. Aufs innigste zu wünschen wäre es auf alle Fälle, obschon man die Gefahr des griechischen Angriffs nicht überschätzen soll. Marschiert Griechenland, so ist es klar, daß im nämlichen Moment wohl auch Bulgarien marschiert, und das würde bezwecken, daß auf dem Festland die Kräfte sich wohl so ziemlich die Wage halten. England hat wohl auch hauptsächlich die griechische Hilfe für Kleinasien und für Aegypten im Auge gehabt.

*

Wien, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Reichspost" schreibt: Wie der „Osmanische Lloyd" erfährt, hat Griechenland, nachdem es das Verlangen Englands um Hilfstruppen abgelehnt hat, gleichwohl die Eröffnung britischer Werbebüros auf Kephalonia und Syra gestattet. Jeder griechische Soldat, der in seinem Lande nicht mehr wehrpflichtig ist, erhält monatlich 130 Schilling und sofortiges Handgeld auf zwei Monate. Englische Dampfer werden die Angeworbenen am 11., 18. und 21. d. M. befrachten. Versuche, auch auf Kos und Kalymnos Leute anzuwerben, hat die dortige italienische Verwaltung verboten. Die britischen Dampfer bringen die Leute zunächst nach Malta, von wo sie nach zwei- bis dreiwöchiger Abrichtung über Marseille nach Flandern abtransportiert werden sollen.

Letzte Nachrichten

Generalfeldmarschall von Bock und Polach gestorben.

(z.) **Hannover**, 5. März. Generalfeldmarschall v. Bock und Polach, zuletzt Armeeinspekteur der dritten Armeeinspektion Hannover, der 1912 in Berlin in den Ruhestand trat, ist in letzter Nacht im 73. Lebensjahre an einer Herzmuskellähmung gestorben.

Zurückgezogener Strafantrag.

⊙ **Berlin**, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den freisinnigen Abgeordneten Schuldirektor a. D. A. Ernst aus Schneidemühl hatte die Regierung in Bromberg Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Jetzt hat die Regierung in Bromberg den gegen Ernst gestellten Strafantrag zurückgenommen.

Zu den Karpathenkämpfen.

⊙ **Berlin**, 5. März. Der „B. Z." wird von dem „K. K. Korr.-Büro" gemeldet: Die Karpathenschlacht nimmt von Stunde zu Stunde an Heftigkeit und Intensität zu. Die Russen erweisen sich in der Verteidigungstaktik als sehr geschickt. Sie nutzen den Vorteil der inneren Linie stets mit gründlicher Berechnung aus und parieren unsere Umklammerungen mit verzweifelten Anstrengungen und durch stetige Gegenangriffe und rasches Heranwerfen von Massen. Ihre Verluste sind dadurch sehr groß, doch gelingt es ihnen dadurch auch die Entscheidung aufzuschieben. Von besonderer Heftigkeit sind augenblicklich die Kämpfe im Zentrum, wo österreichisch-ungarische und deutsche Truppen in gemeinsamem Ringen in den letzten Tagen, wenn auch unter Opfern, den Russen ihren durch zahllose Sturmläufe errungenen Vorteil entrissen.

Zusammenziehung starker russischer Streitkräfte in Südgalizien

(z.) **Budapest**, 5. März. „Az Ujsag" meldet: Das große Aufgebot neuer Streitkräfte, die der Feind in Südgalizien zusammenzieht, hemmt die Entscheidung. Die Kämpfe um Wyszkow toben ununterbrochen fort. Unsere Positionen an der ganzen Karpathenfront werden von uns fest behauptet. Auch im Duklabecken wird ohne Unterbrechung gekämpft. Eine wesentliche Aenderung der größtenteils auf galizischem Boden sich vollziehenden Kämpfe ist bisher nicht eingetreten.

Tarnow von den Russen geräumt?

(z.) **Krakau**, 5. März. Der Sonderberichterstatter der „Nowa Reforma" meldet, die Russen hätten Tarnow bereits geräumt und auf den benachbarten Höhen Stellungen bezogen. Von reichsdeutschen Truppen wurde zum Andenken an ihre hier geführten Kämpfe ein Weg Kaiser-Wilhelm-Straße genannt, worauf eine Tafel hinweist.

Weitere Rüstungen Bulgariens.

(z.) **Wien**, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesigen Morgenblätter melden die Fortsetzung der bulgarischen Vorkehrungen gegen die Kriegsgefahr. Dem bulgarischen Parlament ging ein zweiter Gesetzantrag der Regierung zu, auf **Ausdehnung der Heeresdienstpflicht bis zum 55. Lebensjahr.**

Französische Flieger für Serbien.

wtb. **Paris**, 5. März. Laut „Petit Journal" traf in Marseille ein ganzes Flugzeuggeschwader von 80 Mann (Flieger, Maschinengewehrschützen und Mechaniker) unter dem Befehl eines Hauptmanns ein, das sich mit dem nächsten geeigneten Dampfer nach Serbien begeben wird.

Amerika und Englands neue Erklärung.

wtb. **London**, 5. März. Die „Times" melden aus Washington vom 3. März:

Amtlich wird mitgeteilt, daß, wenn die Ententemächte nicht imstande sind, eine reguläre Blokkade Deutschlands zu unterhalten, **die Vereinigten Staaten gegen die Verletzung der alten Regeln des Seekrieges protestieren** würden. Weiter wird bekanntgegeben, daß Wilson nicht geneigt sei, sich mit der **neuen Theorie der sogenannten Blockade** auf große Entfernung und mit der Aufbringung neutraler Schiffe, die für neutrale Häfen bestimmt sind, auf bloßen Verdacht hin einverstanden zu erklären. Man scheint überzeugt zu sein, daß keine Mühe gespart werden wird, um die Kriegführenden zu veranlassen, nach den Grundsätzen der Londoner und Pariser Deklaration zu handeln. Dieser Gedanke wird wahrscheinlich durch die deutsche Antwort auf die amerikanische Note unterstützt werden.

Es ist klar, daß die amerikanische Regierung die öffentliche Meinung bei allen Schritten hinter sich haben wird. Die Aeußerungen aller Blätter außer dem „New York Herald" über die Erklärung Asquiths sind mehr oder weniger ungünstig. Selbst ein der Entente so freundlich gesinntes Organ wie die „New York Times" erklärt, daß die Politik der Verbündeten nur gebilligt werden kann, wenn sie zu einer legitimen Blockade führt. Das Blatt meint, daß schon im Interesse der wirklichen Neutralität die amerikanischen Rechte geschützt werden müßten. Der „New York Sun" spornt die Regierung an, um gegen eine Blockade, die keine Blockade sei, zu protestieren. Die Absicht Englands sei, Vorteile aus der Blockade zu gewinnen, ohne sich selbst den Anstrengungen und Gefahren der Blockade zu unterziehen. Die Idee bezwecke, alle neutralen Schiffe zu plündern und sie der Rechte des freien Meeres zu berauben. — „Evening Post" schreibt unter dem Titel „Englands false move": England will jetzt die Pariser Erklärung ebenso kaltblütig verletzen, wie Deutschland seine Versprechungen betreffend Belgien verletzt hat. — Die „World" sagt: Die englische Regierung stellt das Gutdünken der Downing Street an die Stelle des Völkerrechts und gibt eine Notwendigkeit als Rechtfertigung an. — Andere amerikanische Blätter nehmen den gleichen Standpunkt ein.

Der Kampf um die Dardanellen.

Athen, 4. März. Agence d'Athènes. Heute verhinderte Nebel die Feststellung der Wirkungen der Beschießung; doch stellten 3 Torpedobootszerstörer, die an den Dardanellen vorbeifuhren, fest, daß die Ortschaften von den Einwohnern geräumt sind.

Vertagung des amerikanischen Kongresses.

Washington, 5. März. Der Kongreß hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Lord Crewe stellt die Meuterei in Singapore als harmlos hin.

London, 5. März. Im Oberhause erklärte Lord Crewe auf eine Anfrage, die Meuterei in Singapore bilde einen peinlichen Kontrast zu der Loyalität und dem Pflichteifer der übrigen indischen Truppen. Unter den Truppen der fünften indischen Infanterie-Division habe sich eine gewisse Eifersucht und Fehdelust bemerkbar gemacht, eine Tatsache, die er besonders hervorhebe, da man sonst denken könnte, die Meuterei habe mit dem Heiligen Krieg zu tun gehabt. Dies sei nicht der Fall gewesen. Lord Crewe gab sodann eine Einzelschilderung des Aufstandes und sagte, man dürfe nicht vergessen, daß ein großer Teil des meuternden Regiments loyal geblieben sei und die Behörden bei der Wiederherstellung der Ordnung unterstützt habe. Die Meuterei habe rein lokalen Charakter gehabt und sei auf Streitigkeiten in dem betreffenden Regiment zurückzuführen. Sie habe nichts mit Rasse oder Religionsfragen zu tun gehabt.

England ist über Japans Aspirationen in China unterrichtet.

London, 5. März. Im Unterhause erklärte Staatssekretär Grey auf eine Anfrage, die englische Regierung sei von Japan über alle an China gestellten Forderungen unterrichtet worden. Er sei aber gegenwärtig nicht in der Lage, über diesen Gegenstand Auskunft zu geben. Die erschienenen Meldungen seien stark übertrieben. Namentlich sei unrichtig, daß Japan verlange, China solle bei der Anstellung ausländischer Berater die Japaner vorziehen und andere Ausländer, als Japaner, von zukünftigen Konzessionen für den Eisenbahn-, Berg- und Dockbau auszuschließen, wenn nicht Japan seine Zustimmung erteile.

Ferner teilte Staatssekretär Grey mit, daß die britische und die deutsche Regierung übereingekommen seien, Kriegsgefangene, die für den weiteren Kriegsdienst untauglich seien, auszuschalten. Die Entscheidung darüber, welche Gefangenen in Betracht kämen, müsse natürlich der betreffenden Regierung vorbehalten bleiben. Ein Austausch habe bereits stattgefunden und weitere würden zweifellos folgen. Auch Zivilärzte und Zivilpersonen in nichtmilitärischem Alter dürften nach dem Uebereinkommen zwischen der britischen und der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung in ihre Heimat zurückkehren. Die Abkommen, die hierfür beständen, seien von den betreffenden Regierungen eingehalten worden. In einzelnen zweifelhaften Fällen seien besondere Vorstellungen erhoben worden.

Letzte Handelsnachrichten.

* **In der heutigen Berliner Börsenversammlung** war, wie uns unsere Berliner Handelsredaktion drahtlich mitteilt, das Geschäft recht geringfügiger Natur. Interesse hatten junge Erdöl und im weiteren Verlaufe noch Hirsch-Kupfer. Reichlicherem Angebot unterlagen Rheinmetall, die sich etwas niedriger stellten. Genannt wurden Leipziger Werkzeug, Lindenberg, Geisweider Eisenwerke, auch Bremer Wolle zeigten einige Nachfrage auf die höhere Dividende hin. Der Montanaktienmarkt lag still. Auch Bankaktien waren vernachlässigt. Heimische Anleihen wiesen wenig Veränderung auf. Von fremden Renten waren Rumänier fest. Der Devisenmarkt trug ruhiges Gepräge. Russische Noten lagen eine Kleinigkeit höher. Der Geldmarkt war wenig verändert. Tägliches Geld wurde mit 3½ Proz. und billiger angeboten. Der Schluß der Börse gestaltete sich geschäftslos.

st **Ilse, Bergbau-Akt.-Ges.** Einer Drahtmeldung zufolge erzielte das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Ueberschuß von 7 092 335 (i. V. 6 710 887) ℳ. Zu Abschreibungen auf Wertverminderung der Grubenfelder werden 3 527 060 (3 374 383) ℳ verwendet und ferner 300 000 (335 000) ℳ dem außerordentlichen Reservefonds überwiesen. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer

Dividende von wieder 26 Prozent

in Vorschlag gebracht. Nach Abzug der Tantiemen verbleiben als Reinertrag 194 856 (190 315) ℳ. Außerdem beschloß der Aufsichtsrat, daß bis zum 9. April die Einzahlung der restlichen 50 Proz. auf die Vorzugsaktien erfolgen soll.

* **Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte.** Wie uns unser d Mitarbeiter drahtlich mitteilt, hat das Unternehmen unter dem Namen Eisengrube Crux Bergwerkseigentum von 2 198 961 qm in den Gemarkungen Schmiedefeld und Erlau i. Th. erworben zur Gewinnung der dort lagernden Eisenerze.

st **Erste Deutsche Feinjute-Garn-Spinnerei, Akt.-Ges.**, in Brandenburg a. H. Die heutige Generalversammlung genehmigte einer Drahtmeldung zufolge die Ausschüttung einer Dividende von 12 (i. V. 15) Prozent.

* **Berliner Wäschefabrik, Akt.-Ges., vorm. Gebr. Ritter, in Berlin.** Nach einem Drahtbericht unserer dortigen Handelsredaktion setzte die heutige Generalversammlung die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr auf wieder 9 Proz. fest.

Visitkarten strong modern Stempel-Kopsch Im Alten Rathaus, Leipzig Fernruf 2491 Familien-Drucksachen

Messmuster, Metallwaren werd. Sonnabend vorm. bill. abgeg. Handelshof, Zim. 114a. Kaus

Vervielfältigungen Schreibmaschinenarbeiten. Schmutzler, Neumarkt 7b, Eingang Gewandgäßchen. Schurb

Brillanten, Gold, Silber, Platina usw. kauft Würscher, Markt 2, 1. St. Wtr

Vervielfältigungen, „Presto" Leplaystraße 9. Telephon 11022. Pes

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Hauptschriftleiter: Dr. Bernh. Wetzenberger. Verantwortliche Schriftleiter: für Politik Dr. Arno Günther; für die Handelszeitung Walther Schindler; für Leipziger und sächsische Angelegenheiten Arnold Jünke; für Kunst und Wissenschaft Dr. Friedrich Sebrecht; für Musik Eugen Segnitz; Gericht J. Haarfeld; für die Reise-, Bäder- und Verkehrszeitung Ludwig Meyer. — Für den Anzeigenteil Heinr. Walter. Verlag: Leipziger Tageblatt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Druck: Fischer & Kürsten. Sämtlich in Leipzig.